

ACHTUNG

Abwertung hat System

**Vom Ringen um
Anerkennung, Wertschätzung und Würde**

Herausgeber*innen

Die Armutskonferenz, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz, Christine Sallinger, Martin Schenk, Stefanie Stadlober, Manuela Wade

**(c) 2018 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GesmbH, Wien
Verlags- und Herstellungsort Wien
ISBN 978-3-99046-395-6**

Ruth Patrick

„Also ich habe es satt zu schnorren“

Auswirkungen der Sozialhilfereform in Großbritannien

Übersetzung aus dem Englischen von Elke Raab

Sogenannte Sozialhilfereformen in Großbritannien erhöhen das Ausmaß an Armut und setzen die Betroffenen unter starken Druck. Sie wecken aber auch Widerstand und Selbstorganisation. Projekte von Menschen mit Armutserfahrungen zeigen auf, dass es um Würde, Respekt und angemessene monetäre Leistungen geht, wenn tatsächliche soziale Sicherheit erreicht werden soll.

Im November 2018 bekommt Großbritannien Besuch von Professor Philip Alston, UN-Sonderberichtersteller zu extremer Armut und Menschenrechten. Seine Aufgabe ist die Untersuchung der wesentlichsten Menschenrechtsverletzungen, von denen Menschen in Armut und extremer Armut in Großbritannien betroffen sind. Im Vorfeld seines Besuchs haben an die 300 Wissenschaftler*innen, Organisationen im freiwilligen Sektor und Einzelpersonen Belege gesammelt, die Umfang und Art der Armut im heutigen Großbritannien ebenso dokumentieren wie deren Verflechtung mit den Veränderungen im britischen System der sozialen Sicherheit in den letzten Jahren. Hoffentlich wird dieser Besuch die Aufmerksamkeit auf das Ausmaß der Armut in Großbritannien lenken und dazu führen, dass etliche Entscheidungen, die im Zuge der jüngsten Maßnahmen zur Reformierung des Sozialhilfesystems getroffen wurden, hinterfragt werde. Die Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken ist insofern wesentlich, als Brexit und Trump weiterhin die Schlagzeilen beherrschen, aber Ausmaß und Auswirkungen der derzeitigen Sozialhilfereform in Großbritannien in den Medien oft nur unter „ferner liefen“ behandelt werden. In den letzten 35 Jahren kam es nach und nach zu oft einschneidenden Verän-

derungen unseres Sozialleistungssystems. Mit der Implementierung des Universal Credit und in Hinblick auf weitere Sozialhilfereformen ist es nun wichtiger denn je, den Wandel von Großbritanniens System der sozialen Sicherheit im Auge zu behalten.

Mit dem Universal Credit sollte das System der Sozialleistungen vereinfacht werden, indem die bisherigen Unterstützungen für Erwerbstätige (Steuerguthaben) und Arbeitslose sowie die Wohnbeihilfen zu einer einzigen Sozialleistung zusammengefasst wurden. Dieses System wurde 2013 eingeführt, und seine schrittweise Implementierung in den vergangenen fünf Jahren ist von Schwierigkeiten bei der Umsetzung und von der (damit verbundenen) Befürchtung geprägt, es sei für den Zweck völlig ungeeignet. Es ist als Verstärkung finanzieller Anreize zum Übergang von Sozialhilfe zu Erwerbsarbeit gedacht, außerdem ist der Leistungsbezug an immer umfangreichere Bedingungen geknüpft, also an (zumeist beschäftigungsbezogene) Verhaltensaufgaben gebunden (vgl. Watts et al. 2014). Mit dem Universal Credit wird der lange Prozess von Ausbau und Verschärfung der Auflagen für den Bezug von Sozialleistungen in Großbritannien weitergeführt. Unter den Regierungen von Tony Blair bis David Cameron wurden diese Auflagen nicht nur auf immer größere Teile der Anspruchstellenden ausgeweitet, sondern auch verschärft (massivere Anforderungen und Auswirkungen bei deren Nichterfüllung). Neuland beschreitet der Universal Credit auch bei der Ausweitung der Auflagen auf erwerbstätige Anspruchstellende, nämlich auf jene, die zwar arbeiten, aber „nicht genug“ (also nicht in einer Vollzeitbeschäftigung zum Mindestlohn sind). Betroffene Anspruchstellende können verpflichtet werden, eine zusätzliche Beschäftigung zu suchen, andernfalls drohen ihnen die Streichung von Sozialleistungen und die Kürzung von Lohnzulagen. Es hat sich bereits gezeigt, welche Härten das mit sich bringen kann und wie ungeeignet beschäftigungsbezogene Auflagen als politische Maßnahme sind (vgl. Abbas/Jones 2018). Die Verknüpfung von Sozialhilfe mit Auflagen geht mit einem strengen System von Sanktionen einher, deren Androhung gewährleisten soll, dass Anspruchstellende die Anforderungen erfüllen. Wer die als schwerstwiegend geltenden beschäftigungsbezogenen Vorgaben dreimal nicht erfüllt, muss mit Bezugskürzungen bzw. -streichungen für bis zu drei Jahre rechnen.

Neben der Verschärfung der Auflagen für den Sozialhilfebezug kam es in Großbritannien auch zur Einschränkung von Unterstützungsleistungen; das führte zu einer Schwächung des sozialen Sicherheitsnetzes. Zu den viel beachteten „Reformen“ zählen diesbezüglich die Deckelung der Sozialleistungen und die sogenannte „Schlafzimmersteuer“, die Teile eines umfassenden Projekts zur „Sozialhilfe-Residualisierung“ sind. Die Deckelung der Sozialleistungen begrenzt die Summe der Sozialleistungen für eine Familie (sofern nicht erwerbstätig) auf jährlich 23.000 Pfund (25.811 Euro) in London bzw. 20.000 Pfund (22.444 Euro) im übrigen Großbritannien. Politiker*innen rechtfertigen diese Maßnahme damit, dass keine Sozialhilfe beziehende Familie mehr bekommen soll als

eine Familie, die von Erwerbseinkommen lebt. Diese Argumentation kommt in der Öffentlichkeit sehr gut an, was sich bei Umfragen in großer Zustimmung zur Reform niederschlägt. Einen weiteren Einschnitt brachte das „Zwei-Kinder-Limit“ mit sich, das den Anspruch auf kinderbezogene Beihilfen auf die ersten beiden Kinder eines Haushalts beschränkt. Zu dieser Einschränkung gibt es ein paar eng gefasste und streng kontrollierte Ausnahmen, darunter die umstrittene Vergewaltigungsklausel: Für eine Anspruchstellende gilt diese Beschränkung nicht, wenn – und nur dann, wenn – sie ein Formular ausfüllt, in dem sie genau ausführt, dass das Kind bei einer Vergewaltigung gezeugt wurde. Sowohl das Zwei-Kinder-Limit als auch die Deckelung der Sozialleistungen entkoppeln Bedürftigkeit und Anspruchsberechtigung und bedeuten einen Bruch mit einem historischen Grundprinzip der sozialen Sicherheit in Großbritannien.

Die Liste der Sozialhilfereformen lässt sich weiter fortsetzen: Mit der sogenannten „Schlafzimmersteuer“ wird Mieter*innen von Sozialwohnungen, die ein Zimmer der Wohnung nicht nutzen, Unterbelegung zur Last gelegt. Von ihnen wird eine anteilige Mietzahlung für den Raum bzw. die Räume verlangt, von dem bzw. denen angenommen wird, dass sie ihn bzw. sie nicht benötigen. Das gilt auch dann, wenn es unmöglich ist, eine kleinere Wohnung zu finden, was in einigen Gebieten Großbritanniens häufig der Fall ist. Weiters wurden die Leistungssätze eingefroren, das heißt, sie weichen immer stärker von den Lebenshaltungskosten ab. Das verbreitert die Kluft zwischen den bezogenen Leistungen und dem, was für einen Mindestlebensstandard erforderlich ist, immer mehr. Besonders umstritten sind die Kürzungen der Leistungen bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit sowie der verstärkte Einsatz privater Dienstleister*innen (mit ergebnisorientierter Bezahlung) bei der Erhebung der Anspruchsberechtigung auf diese Leistungen.

Der Ausbau der Sozialhilfereform wird mit der „Notwendigkeit“ gerechtfertigt, eine angebliche „Kultur der Sozialhilfeabhängigkeit“ zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass Menschen sich statt für Sozialleistungen für Erwerbsarbeit entscheiden. Das Mantra „Arbeit ist der beste Weg aus der Armut“ wird wieder und wieder herunterbetet (vgl. May 2017), und Politiker*innen argumentieren, die Leistungsänderungen würden Menschen beim Übergang von Sozialhilfe zu Erwerbsarbeit helfen – während sie sie aber letztlich dazu zwingen. Quantitative Analysen zeigen die Folgen dieser Veränderungen. Sie machen klar, welche negativen Auswirkungen sie auf die Armutsquote haben und in welchem Maß „Arbeit statt Sozialhilfe“-Programme die Zielgruppe eben nicht bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen (siehe z. B. Brown/Hood 2016; Swinford 2013). Die erhobenen Daten zeigen auch den Zusammenhang zwischen verschärften Sanktionen und der steigenden Zahl der landesweit verteilten Lebensmittelpakete (vgl. The Trussell Trust 2016). Außerdem veranschaulichen wissenschaftliche Untersuchungen im Auftrag der Joseph Rowntree Foundation das wachsende Elendsproblem in Großbritannien: Über eine Million Haushalte sind heute nicht in der Lage,

die lebensnotwendigsten Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Heizung zu tätigen (vgl. Fitzpatrick et al. 2018).

Diese quantitativen Analysen sind von unschätzbarem Wert, können aber nicht aufzeigen, in welchen gelebten Erfahrungen sich die politische Agenda niederschlägt. Hier ist qualitative Forschung ganz besonders wichtig. Mit Tiefeninterviews lässt sich genauer erforschen, wie Leistungsänderungen erlebt werden, und eine umfangreiche Datengrundlage über den Umgang von Menschen mit der Sozialhilfereform schaffen. Hier besteht eine große Bandbreite zwischen einmaligen Interviews und der Begleitung von Menschen über einen längeren Zeitraum zur Beobachtung ihrer Erwartungen an, Erfahrungen mit und Überlegungen zu Leistungsänderungen. In qualitativen Längsschnittstudien können Wissenschaftler*innen die Wege der Menschen über längere Zeit verfolgen und einen ausführlichen Bericht darüber erstellen. Das ist für Sozialpolitik im Allgemeinen und für die Sozialhilfereform im Besonderen ebenso relevant wie für Bemühungen um ein Verständnis von Maßnahmen, die auf Verhaltensänderungen abzielen.

In den vergangenen sechs Jahren begleitete ich eine kleine Gruppe von Menschen, die unmittelbar von jenen Sozialleistungsreformen betroffen waren, die zuerst die Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten und danach die konservative Mehrheitsregierung in die Wege geleitet hatte (zu den Ergebnissen im Einzelnen siehe Patrick 2017). Ich sprach mit Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und jungen Arbeitssuchenden in der nordenglischen Stadt Leeds, die mit den Auswirkungen der verschärften Auflagen für den Sozialhilfebezug, dem sinkenden finanziellen Wert von sozialen Unterstützungsleistungen und dem eingeschränkten Zugang zu diesen umgehen mussten. Ich verfolgte ihre Bemühungen, angesichts der Verunsicherung im Hinblick auf weitere Leistungskürzungen und der ständigen Stigmatisierung und Herabwürdigung der Sozialhilfe und jener, die Leistungen daraus in ihren sichtbarsten Formen beziehen, über die Runden zu kommen.

Diese Untersuchung zeigt, in welchem Ausmaß die Sozialhilfereform schlicht nicht funktioniert. Anstatt Menschen zu Beschäftigungsverhältnissen zu bewegen, die einen Weg aus der Armut darstellen, zwingen Sozialhilfeauflagen und die permanente Androhung von Sanktionen Menschen in unsichere Arbeitsverhältnisse oder entfernen sie paradoxerweise noch weiter vom Erwerbsarbeitsmarkt.

Sehen wir uns die Sozialhilfereform-Erfahrungen zweier Personen aus meiner Untersuchung an:

Als ich Chloe, eine Alleinerzieherin, kennenlernte, bezog sie Einkommensbeihilfe und hatte alle Hände voll zu tun, um in Armut über die Runden zu kommen. Sie erzählte, wie anstrengend es sei, mit einem sehr niedrigen Einkommen auszukommen und zugleich alles in ihrer Macht Stehende zur Betreuung ihrer beiden kleinen Kinder zu tun. Chloe hatte zuvor gearbeitet, sagte aber, sie wolle zurzeit keine Beschäftigung annehmen:

„[Arbeiten] würde sich nicht rentieren. Es täte gut, wieder arbeiten zu gehen, weil ich dabei aus dem Haus käme und eine Auszeit von den Kindern hätte, aber ... es zahlt sich nicht aus, und deshalb sehe ich nicht, wozu es gut sein soll ...“

Chloe sagte, sie müsste 400–500 Pfund (450–560 Euro) pro Woche verdienen, damit sich das Arbeiten rentiere, und sagte, sie habe sich aktiv dafür entschieden, lieber von Sozialhilfe zu leben als eine Stelle zu suchen. In dieser Hinsicht – wenn auch nur bei sehr flüchtiger Betrachtung – ähnelt Chloe vielleicht dem von Politiker*innen verzerrt gezeichneten Bild jener Menschen, die die Sozialhilfe der Arbeit vorziehen. Solche Menschen – so das Narrativ – bedürften strenger Maßnahmen und Vorgaben, die sie dazu bewegen, eine Beschäftigung anzunehmen und somit die Armut zu überwinden.

Als ihr jüngstes Kind schulpflichtig wurde, wurde Chloe von Einkommensbeihilfe auf Beihilfe für Arbeitsuchende umgestellt. Das bedeutete, dass Chloe strenge beschäftigungsbezogene Auflagen zu erfüllen hatte, regelmäßig das Arbeitsamt aufsuchen und Erwerbsarbeit suchen musste. Chloe, die häusliche Gewalt erlitten und psychische Probleme hatte, versetzten diese Anforderungen von Anfang an in Stress. Nach nicht einmal vier Wochen Bezug wurde ihr die Beihilfe für Arbeitsuchende gesperrt, was sie und ihre beiden Kinder in massive Not brachte:

„Wir sind Almosenempfänger, wir sind so arm. Das ist, als lebten wir in – also wo man alle diese Anzeigen sieht – bitte geben Sie unseren Kindern zu essen – geben Sie meinen verdammten Kindern zu essen ... Mein Vater fragte mich letztens, ob ich auf Drogen sei, und ich sagte nein. Er sagte, ich sähe so weggetreten aus. Ich sagte: ‚Papa, ich bin im Stress, für Drogen braucht man Geld, Papa.‘ Alles in allem – nein, es ist Stress, das schaffe ich nicht.“

Aufgrund der Sanktionen wandte sich Chloe an eine örtliche Hilfseinrichtung und bat um Unterstützung. Mit deren Hilfe beantragte sie erfolgreich Erwerbsunfähigkeitsunterstützung. Dadurch hatte sie Anspruch auf eine Beihilfe, die an geringere beschäftigungsbezogene Auflagen geknüpft war. Langfristig hatte also die Sozialhilfereform nur negative Auswirkungen auf Chloe und brachte sie de facto von Erwerbsarbeit noch weiter weg. Die durch die Sperre hervorgerufene Belastung und Angst führten zu einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit, und die finanziellen Härten wirkten sich nicht nur auf Chloe, sondern auch auf ihre beiden kleinen Kinder nachteilig aus.

Von denjenigen, die ich mehr als einmal interviewte, empfand nur eine einzige – Sam, eine junge Careleaverin und Arbeitsuchende – die „Arbeit statt Sozialhilfe“-Maßnahmen als Unterstützung beim Übergang zur Erwerbsarbeit. Zu Beginn der Studie bezog Sam Beihilfe für Arbeitsuchende. Dass Sam der Notwendigkeit, Sozialhilfeleistungen in An-

spruch zu nehmen, sehr ablehnend gegenüberstand, spiegelt die Internalisierung der tief verwurzelten Stigmatisierung des Sozialhilfebezugs wider.

„Ich brauche einen Job, weil ich es satt habe zu schnorren. Ich sehe das jedenfalls so – also ich habe es satt zu schnorren.“

Nachdem sie zwei Jahre lang Beihilfe für Arbeitsuchende bekommen hatte, kam Sam ins „Arbeitsprogramm“, wo sie zusätzliche verpflichtende Unterstützung bei der Jobsuche erhielt. Die Verpflichtung war allerdings nicht nötig: Sam war begierig darauf, jede nur mögliche Unterstützung anzunehmen. Sie war glücklich, als das Arbeitsprogramm für sie ein Bewerbungsgespräch bei einem großen Einzelhandelsunternehmen vereinbarte. Die Bewerbung war erfolgreich, und Sam begann, im Einzelhandel zu arbeiten.

So gesehen war Sam eine „Erfolgsstory“: eine Person, die direkt von der Sozialhilfe in die Erwerbsarbeit begleitet worden war. Sams Job war jedoch unsicher und schlecht bezahlt. Er half ihr nicht, die Armut zu überwinden; das Mantra „Arbeit ist der beste Weg aus der Armut“ erwies sich als hohle Phrase. Ihr Vertrag sah acht Stunden pro Woche vor, wobei Arbeitstage und -zeiten von Woche zu Woche wechselten. Sam sah sich außerstande, Pläne zu machen, da sie oft kurzfristig zur Arbeit eingeteilt wurde. Sie befürchtete, wenn sie gebeten würde zu kommen, aber keine Zeit hätte, würde man ihr beim nächsten Mal keine zusätzlichen Arbeitsstunden anbieten.

Mit ihrem Lohn gelang es Sam nicht, die Armut zu überwinden, und sie überlegte oft, zu Tafeln oder Sozialmärkten zu gehen, weil ihre finanzielle Lage so hart war. Stattdessen verließ sie sich auf die Fürsorglichkeit der Mutter ihres Freundes:

„Seine Mama hat sich angewöhnt, mir eine Handvoll Dinge zu geben, damit ich übers Wochenende komme. Und jedes Mal, wenn mein Freund das Wochenende bei mir verbringt, gibt sie mir wieder ein paar Sachen ... Hot Dogs und Pizza und so, die ich in der Mikrowelle aufwärme ... Damit komme ich durch den Tag, ohne zu hungern. Und sie macht das auch jetzt noch ... sie greift mir unter die Arme.“

Als ich Sam 2016 erneut interviewte, war sie nach drei Jahren an diesem Arbeitsplatz immer noch in derselben Lage. Sie war dankbar, eine Beschäftigung zu haben und nicht auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen zu sein, obwohl sie weiterhin mit Erwerbsarmut zu kämpfen hatte.

Sowohl Sam als auch Chloe waren von der Sozialhilfereform direkt betroffen, insbesondere von der Verschärfung der an den Bezug geknüpften Auflagen und von den Verpflichtungen im Rahmen der „Arbeit statt Sozialhilfe“-Maßnahmen. Über die Jahre zeigte sich beim Umgang mit ihnen, wie oft persönliche Erfahrungen im Widerspruch zum

beabsichtigten Zweck der Maßnahmen stehen. Meine Untersuchung belegt, dass die Sozialhilfereform nicht imstande ist, Menschen dabei zu unterstützen, sichere, nachhaltige Arbeit zu finden, die ihre Armut lindert. Stattdessen drängt sie nur zu oft Menschen noch weiter weg von der Arbeit statt zu ihr hin – wie in Chloes Fall – oder in schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsverhältnisse wie bei Sam. Angesichts der Implementierung weiterer Reformen ist es wesentlich, Menschen wie Sam und Chloe weiter zu begleiten, um die Erfahrungen mit der Sozialhilfereform detaillierter und facettenreicher begreiflich zu machen. Zum Glück kann ich dank einer Förderung der britischen Akademie der Wissenschaften genau das tun, und ich plane, kommendes Jahr eine weitere Interviewreihe durchzuführen, um herauszufinden, wie die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, mit der jüngsten Veränderungswelle, insbesondere mit der Einführung des Universal Credit, zurechtkommen.

Während Bevölkerung und Politiker*innen der Argumentation und Logik der Sozialhilfereform weiterhin die Stange halten, gibt es Anzeichen, dass der Konsens darüber, dass man die „Sozialhilfeabhängigkeit“ bekämpfen müsse, zu schwanken beginnt. Seitens der Linken fordert die Labour Party nun ein neues System der sozialen Sicherheit, „das auf Mitgefühl und Respekt statt auf Misstrauen und Stigmatisierung aufbaut“, und verspricht, wenn sie gewählt wird, die Implementierung des Universal Credit auszusetzen und Teile des Sanktionssystems abzuschaffen (vgl. Greenwood 2018). Noch wichtiger aber ist, dass sich aufgrund der verstärkten Regionalisierung einzelner Bereiche der sozialen Sicherheit in manchen Regionen Großbritanniens, insbesondere in Schottland, neue Herangehensweisen an die soziale Sicherheit entwickeln. Unter der Leitung der Scottish National Party verfolgt die schottische Regierung nunmehr einen eigenen Ansatz zu sozialer Sicherheit auf der Grundlage von Würde, Respekt und Anerkennung der Menschenrechte (siehe Patrick 2018).

Ebenfalls beachtlich ist der wachsende und oft lautstark geäußerte Widerstand gegen die Sozialhilfereform seitens der Menschen, die erlebt haben, welche Härten die Leistungsänderungen mit sich bringen. Diese Menschen haben aus der Erfahrung Kompetenz gewonnen und können sich sehr eindringlich über die Mängel der Sozialhilfereform äußern. Mehrere Teilnehmer*innen an der hier genannten Studie beteiligten sich am „Dole Animators“-Projekt, das einen animierten Dokumentarfilm über ihre Erfahrungen mit der Sozialhilfereform erarbeitete (siehe Dole Animators 2013), der weite Verbreitung fand. Die Gruppe ist nach wie vor aktiv, hinterfragt den Status quo und fordert Politiker*innen auf, ihre kurzsichtige und realitätsferne Herangehensweise zu überdenken. Zuletzt entwickelten die Dole Animators zusammen mit zwei anderen Gruppen – Thrive Teesside und Atd Fourth World – im Projekt „Poverty 2 Security“ (vgl. Poverty 2 Solutions 2018) Infografiken dafür, was beim Kampf gegen die Armut in Großbritannien wirklich etwas bewirken würde. Derzeit sind sie dabei, eine Forderung nach konkreten Maßnahmen an Entscheidungsträger*innen auszuarbeiten. Die Infografiken für Lösungen des

Armutproblems wurden im britischen Unterhaus vorgestellt und ermöglichen es Menschen mit eigenen Armutserfahrungen, Teil des Diskurses zu werden, der die beherrschende Rhetorik und das Narrativ der angeblich notwendigen Bekämpfung der Sozialhilfeabhängigkeit hinterfragt und auseinandernimmt.

Die Projekte der Dole Animators und der „Poverty 2 Solutions“-Gruppe sind Teil einer aktiven Hinterfragung des Status quo; daneben gibt es breitere Formen des Widerstands aus den Reihen von Aktivist*innen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehenden sowie des großen Netzwerks der Anti-Armut-Organisationen. Gruppen wie Focus E15 und Disabled People Against the Cuts (DPAC) protestieren mit direkten Aktionen lautstark gegen weitere Leistungsverschlechterungen und hinterfragen und untergraben die politischen Rechtfertigungen für die Sozialhilfereform. Hoffentlich wird sich Philip Alston bei seinem Besuch in Großbritannien Zeit für Treffen mit einigen dieser Gruppen nehmen und sich ihre Erfahrungen mit der Sozialhilfereform anhören, um von ihnen zu erfahren, wie sich Armut und Not in Großbritannien am besten bekämpfen lassen könnten. Sich wirklich mit dieser Erfahrungskompetenz auseinanderzusetzen und sie wertzuschätzen ist ein wesentlicher erster Schritt bei der Überwindung des auf Strafen beruhenden und ungesunden Status quo und beim Versuch, für Großbritannien ein System der sozialen Sicherheit zu schaffen, das seinem Zweck angemessen ist. Voraussetzungen dafür müssen Würde, Respekt und die Leistung von Zahlungen sein, die es Menschen ermöglichen, die Armut zu überwinden – und nicht Auflagen, Sanktionen und die Residualisierung staatlicher Unterstützung. Erst dann werden wir ein System der sozialen Sicherheit haben, das den Menschen tatsächlich Sicherheit gibt.

LITERATUR

Abbas, Jo/Jones, Katy (2018): In-work conditionality is based on weak evidence – but will the policy sink or swim? London: London School of Economics and Political Science. Online: <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/in-work-conditionality-public-opinion/> [10. 10. 2018].

Brown, James/Hood, Andrew (2016): Living standards, poverty and inequality in the UK: 2015-16 to 2020-21. London: Institute for Fiscal Studies. Online: <https://www.ifs.org.uk/publications/8171> [10. 10. 2018].

Dole Animators (2013): All in it together: Are benefits ever a lifestyle choice? Leeds: Dole Animators. Online: www.doleanimators.org [10. 10. 2018].

Fitzpatrick, Suzanne et al. (2018): Destitution in the UK, York: Joseph Rowntree Foundation. Online: <https://www.jrf.org.uk/report/destitution-uk-2018> [10. 10. 2018].

Greenwood, Margaret (2018): Speech to Labour Party Conference by Shadow Work and Pensions Sec-

- retary, 24th September. London: UK Labour Party. Online: <https://labour.org.uk/press/margaret-greenwood-speaking-labour-party-conference-today/> [10. 10. 2018].
- May, Theresa (2017)*: Theresa May on not raising VAT, tax pledges, welfare and Brexit. London: ITV News. Online: <http://www.itv.com/news/2017-04-30/theresa-may-on-peston-we-wont-be-increasing-vat/> [10. 10. 2018].
- Patrick, Ruth (2017)*: For whose benefit? The everyday realities of welfare reform. Bristol: Policy Press.
- Patrick, Ruth (2018)*: How to treat people with respect: A lesson from Scotland. London: The Guardian. Online: <https://www.theguardian.com/society/2018/may/07/treat-people-benefits-respect-scotland-social-security-law> [10. 10. 2018].
- Poverty 2 Solutions (2018)*: Poverty 2 Security: We have a voice, you need to listen. Online: www.poverty2security.org [10. 10. 2018].
- Swinford, Steven (2013)*: £5bn Work Programme ‘worse than doing nothing’. London: Daily Telegraph. Online: <http://www.telegraph.co.uk/news/politics/spending-review/10146659/5bn-Work-Programme-worse-than-doing-nothing.html> [10. 10. 2018].
- The Trussell Trust (2016)*: Strong link between increased benefit sanctions and higher foodbank use, says Oxford research. Swindon: The Trussell Trust. Online: <https://www.trusselltrust.org/wp-content/uploads/sites/2/2016/10/University-of-Oxford-foodbanks-sanctions.pdf> [10. 10. 2018].
- Watts, Beth et al. (2014)*: Welfare Conditionality and Sanctions in the UK. York: JRF. Online: <https://www.jrf.org.uk/report/welfare-sanctions-and-conditionality-uk> [10. 10. 2018].



ACHTUNG

Abwertung hat System

Vom Ringen um
Anerkennung, Wertschätzung und Würde



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ebook

Inhalt

Editorial	7
<i>Nancy Fraser</i> : Zur Neubestimmung von Anerkennung	11
<i>Axel Honneth, Titus Stabl</i> : Jenseits der Verteilungsgerechtigkeit: Anerkennung und sozialer Fortschritt. Wie der Wandel gesellschaftlicher Wertschätzung philosophisch beurteilt werden kann	25
Kapitel I – Abwertung hat System	
<i>Brigitte Aulenbacher</i> : Im Sog des Leistungsprinzips. Über Leistung, Gerechtigkeit, Ungleichheit und das Beispiel der Sorgearbeit	37
<i>Alban Knecht, Michaela Moser, Judith Pühringer</i> : Achtung beim AMS. Was die automatisierte Zuteilung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Gerechtigkeit und die Anerkennung von arbeitslosen Menschen bedeutet	45
<i>Ruth Patrick</i> : „Also ich habe es satt zu schnorren.“ Auswirkungen der Sozialhilfereform in Großbritannien	53
<i>Lukas Richter</i> : Alt, arm, ausgegrenzt. Ein Streifzug durch die österreichische Sozialberichterstattung	63
<i>Margit Schaubpp, Manuela Wade</i> : Politik mit den Armen, gegen die Armen, für die Armen? Armut und Krise der Demokratie	75
<i>Eva Grigori</i> : „Ollas geht net.“ Sozialarbeit zwischen individueller Hilfeleistung und kollektiv abwertenden Einstellungen	85
<i>Christine Sallinger, Georg Wiesinger, Elisabeth Kapferer</i> : Statt Land. Wertschätzung und Abwertung von Lebensrealitäten auf dem Land und in der Stadt	95
<i>Martin Schürz</i> : Zorn auf die Reichen? Gedanken zur Angemessenheit eines Gefühls	105
Kapitel II – Anerkennung macht stark	
<i>Romy Reimer</i> : Anerkennung genügt (nicht)? Der „blinde Fleck“ der Anerkennungstheorie	117
<i>Michaela Moser, Michael Wrentschur</i> : Räume der Anerkennung und Selbstwirksamkeit. Kollaborative Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Selbstorganisation und Unterstützung	125
<i>Maria Pernegger, Martin Schenk</i> : Was Kinder sagen, können und brauchen. Medienstudie Kinderarmut: Darstellung und Wirklichkeit	139

<i>Hoa Mai Tràn: Zwischen anerkannter Ausgrenzung und geforderter Teilhabe. Zur Situation von Kindern in Unterkünften für geflüchtete Menschen</i>	149
<i>Michaela Moser: Achtung Sorgearbeit! Warum Sorgen arm macht und es eine Care-Revolution braucht</i>	163
<i>Angelina Reif: Ein Recht ohne Anspruch ist kein Recht. Soziale Grundrechte in Österreich</i>	171
<i>Plattform „Sichtbar Werden“: Wider die „Normalisierung der Abwertung“. Menschen mit Armutserfahrung im Gespräch mit Verena Fabris und Robert Rybaczek-Schwarz über Anerkennung, Abwertung und eine Kultur der Solidarität</i>	181

Kapitel III – Handeln tut not

<i>Marion Wisinger: Deck Mythen auf! Zur geistigen Selbstverteidigung bei „Sozialschmarotzer*innen“-Parolen und Menschen-Bashing</i>	191
<i>Lisz Hirn: Sprich mit Jugendlichen im Park! Alternative Räume für den interkulturellen Dialog</i>	195
<i>Lena Kauer: Bau dir deine Küche! Die Wiener Kuchl – eine Küche zum Selberbauen</i>	201
<i>Norbert Krammer, Ilse Zapletal: Hol dir dein Recht! Mit Recht gegen Armut</i>	205
<i>Ernst Schmiederer: Schreib deine Geschichte! – Teil 1 Geschichten aus dem Parlament der Unsichtbaren</i>	209
<i>Margit Kubala: Schreib deine Geschichte! – Teil 2 Der Blog ist tot. Lang lebe der Blog!</i>	213
<i>Sina Farahmandnia, Lisa Oberbichler: Check deine Privilegien! Perspektivenwechsel, um Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen</i>	217
<i>Alban Knecht: Tu was gegen Beschämung! Erfahrungen von Armutsbetroffenen und Gegenstrategien</i>	221
<i>Michaela Moser: Lerne eine neue Kultur des Entscheidens! Die Soziokratie als Modell für mehr Anerkennung in Gruppen und Organisationen</i>	227
<i>Verena Fabris, Susanne Haslinger: Kämpfe gegen Sozialabbau! Strategien des Widerstands gegen Kürzungen und gesellschaftliche Spaltung</i>	231

Autor*innen	237
--------------------	-----

Die Armutskonferenz	241
----------------------------	-----